

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXX/34

Bonn, den 19. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2      Warten auf den deutsch-römischen Kultarfrühling ...      104

Erstaunliches über bundesrepublikanische Kulturpolitik  
Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

3                                      Störmanöver                                      42

Zu den Passierscheinverhandlungen

4                                      Wie lange noch tragbar ?                                      45

Der Arbeitnehmerflügel der CDU und Bundesarbeitsminister Blank

5 - 6                                      Schwere Bürde Moros                                      93

Die Regierung des linken Zentrums und die neue Streikwelle  
Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

\*\*\*\*\* ZUR BEACHTUNG \*\*\*\*\*

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion veranstaltet am  
25. und 26. Februar 1964 in Bad Godesberg einen

EUROPA - KONGRESS.

in dessen Mittelpunkt Referate des Präsidenten des Aktionsko-  
mitees für die Vereinigten Staaten von Europa, Jean M o r-  
n e t, und des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion  
des Europäischen Parlaments in Strassburg, MdB Willy B i r-  
k e l b a c h, stehen werden. Zum Auftakt dieses Kongresses  
veröffentlichen wir in der Donnerstag-Ausgabe des SPD-Presse-  
dienstes (20. Februar 1964) einen Artikel des antretenden Vor-  
sitzenden der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Fritz Erl er :

## Warten auf den deutsch-römischen Kulturfrühling ...

### Erstaunliches über bundesrepublikanische Kulturpolitik

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

In Roms Villa Massimo, jener schön gelegenen Behausung, in der eine Handvoll besonders begabte junge Künstler aus der Bundesrepublik jeweils ein knappes Jahr ein für römische Verhältnisse recht bescheidenes Stipendium verzehren dürfen, bestimmt die Hausordnung, daß Hunde und Katzen überhaupt nicht, und legitim angetraute Ehefrauen nach 7 Uhr abends bis zum anderen Morgen nicht in den Wohnungen der Stipendiaten anwesend sein dürfen. Wer weiss, was Hunde, Katzen und weibliche Wesen im Dasein der Ewigen Stadt bedeuten, wird bald merken, daß die preussische Hausordnung einer dem Innenminister der Bundesrepublik unterstehenden ehemals preussischen Stiftung sich gute in jene Mißverständnisse deutsch-italienischer Kulturbeziehungen fügt, an denen letztere so reich sind.

Keinem der deutschen Stipendiaten in Rom, die ich im vergangenen Jahr besuchte und die, soweit verheiratet, Abend für Abend ihre gelegentlich auch schwangeren Ehefrauen in ein möbiliertes Zimmer in die Stadt schicken mußten - obwohl es an Platz in der Villa Massimo nicht mangelt - war es überdies möglich gewesen, während ihres Aufenthalts italienische Kollegen oder Familien kennenzulernen. Dazu ist der Aufenthalt in Rom zu kurz.

Da Staatsbesuche bei uns in bestimmten Zeitungen mit Floskeln über die Vertiefung der gegenseitigen kulturellen Beziehungen garniert zu werden pflegen, fand sich ein entsprechender Passus in den Communiqués, das nach Abschluß des Rom-Besuchs von Bundeskanzler Erhard bekanntgegeben wurde. Die im deutsch-italienischen Kulturabkommen vorgesehene gemischte Kommission soll demnächst zusammentreten und geeignete Vorschläge unterbreiten. Dazu äußerte sich ein hoher Beamter des Bonner Auswärtigen Amtes: "Die Vorschläge der höchst ehrenwerten Mitglieder unserer gemischten Kommissionen sind in der Regel kompletter Unsinn!"

Italien gilt infolge nach wie vor aus romantischen Wurzeln genährter Vorstellungen als Paradearena für unsere auswärtigen Kulturbeziehungen. Dessen ungeachtet hat jedoch die Personalabteilung des AA, in der der abendländische Pulsschlag sonst so vernehmlich klopft, die VLR I Stelle des Kulturreferenten an der römischen Botschaft zu einer LR Stelle degradiert, lange schon bevor durch die römische "Öffnung nach links" Mißvergnügen in manches christdemokratisches Herz einzog.

Wie es wirklich um die deutsch-italienischen Kulturbeziehungen steht, konnte man im vergangenen Jahr beim Treffen der deutschen Kulturreferenten in Maria Laach hören, wo Sätze wie die folgenden ausgesprochen wurden:

- \* "Aus italienischer Sicht ist unser Verhältnis alles andere als
- \* beruhigend. Man hilft sich oft, indem man uns mit Schweigen
- \* übergeht." - oder - "Nicht nur, daß das Verhältnis zwischen
- \* Deutschen und Italienern, ohne daß ein lebenswichtiger Kon-
- \* flikt bestünde, voller Traumata ist, es ist auch unausgewo-
- \* gen. Das Werben um Sympathie ist recht einseitig. Die Bela-
- \* stungen der jüngsten Vergangenheit werden nicht Vergangen-
- \* heit, sie sind äußerst virulent und werden auch von der ande-
- \* ren Seite bewußt am Leben gehalten."

Auch von italienischer Seite fehlten die Stimmen antlichen Mißbehagens nicht. 1963 beklagte sich der damalige Außenminister Piccioni in einer Parlamentsrede unmißverständlich über die - wie er es nannte - "Verschlechterung in den deutsch-italienischen Kulturbeziehungen".

Kann man nun hoffen, daß der Nebensatz im Kommuniqué über den Rom-Besuch des Bundeskanzlers einen neuen deutsch-italienischen Kulturfrühling bringt? Wohl kaum. Die Italiener sind seit einem Jahrzehnt verärgert, daß ihre Sprache in Deutschland so gut wie keine Anerkennung findet. Ihr Drängen, doch einige der Lehrstühle für Romanistik an den deutschen Hochschulen zu teilen und einige Ordinariate für Italienisch und italienische Literatur abzuzweigen, ist bei den deutschen Universitäten auf Ablehnung gestossen. Es gibt ein einziges lehrstuhlähnliches italienisches Einmann-Lektorat an der Universität Freiburg. Auch die Wünsche der Italiener, ihre Sprache an unseren höheren Schulen mehr zu berücksichtigen, haben sich nicht erfüllt.

Das hat leider für die Bundesrepublik ärgerliche politische Folgen gezeitigt. Der erfolgreiche und verbissene Widerstand der Italiener gegen die Anerkennung des Deutschen als gleichberechtigte Verhandlungssprache neben französisch und englisch im Europarat und in zahlreichen anderen europäischen Gremien und Institutionen ist zum nicht geringen Teil eine Folge mangelnden deutschen Verständnisses für die italienischen Wünsche.

Aber es gibt noch mehr Gründe dafür, daß dem deutschen Werben in Süden so wenig Erfolg beschieden ist, so daß zum Beispiel die italienische Regierung sich noch im vergangenen Jahr nicht bereit fand, einigen deutschen Kulturinstitutionen in Italien die übliche Steuerfreiheit zu gewähren, weil diese angeblich nur pangermanische Propaganda verbreiten.

So kann nicht übersehen werden, daß die offizielle deutsche Kulturpolitik in Rom ungeachtet des agilen, in seinen Veranstaltungen von der mächtigen kommunistischen Partei Italiens unterstützten "Centro Thomas Mann" der Zone, lange Jahre die Tatsache negiert hat, daß die schöpferischen und tonangebenden Kräfte des italienischen Kulturlebens in der italienischen Linken beheimatet waren und sind. Und so hat man deutscherseits manche Realität verkannt und es vorgezogen, in Gesellschaftskränzchen zu musizieren. Zur Rechtfertigung führt die Bundesregierung gern das Mißgeschick an, das ihr durch den von ihr eingeladenen Schriftsteller Carlo Levi widerfuhr, der nach seiner Rückkehr nach Italien einen Bericht veröffentlichte, der eine Laudatio der Zone und befremdend entstellende Schilderungen aus Westdeutschland enthielt. Aber muß man nicht auf solches gefaßt sein?

Es dauerte bis zum Jahre 1963, bevor ein deutscher Kulturreferent dankenswerterweise auf die Idee kam, in der deutschen Bibliothek in Rom die Öffentlichkeit mit den historischen Fakten des deutschen Widerstandes vertraut zu machen. Wie allerdings in dieser Bibliothek, dem Zentrum der deutschen Kulturarbeit, mit einem Jahresetat von 35.000 DM, eine wirkliche Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen betrieben werden soll, bleibt ein Geheimnis derer, die derartiges so nonchalant vereinbaren.

Sie sollen sich zu Herzen nehmen, was der im vergangenen Jahr in Rom tätige Kulturreferent sehr eindrucksvoll sagte: "In Rom offerieren unzählige ausländische Institute ihre Darbietungen, die zu den beliebtesten gesellschaftlichen Unterhaltungen nicht ausgefüllter Damen gehören. Es muß immer wieder versucht werden, diesen beinahe berufsmäßigen Zuhörerkreis aufzulösen. Dabei besteht allerdings die Gefahr, daß allein deutsche Besucher unsere Veranstaltungen füllen - ich erinnere daran, daß Rom ein Kuyparis deutscher Schriftsteller geworden ist. Ihre Lesungen bereichern das deutsche Programm, es gilt aber zu verhindern, daß ein deutsches Selbstgespräch in Rom Platz greift, ein selbstzufriedenes Deutsch-Römertum ohne lebendigen Kontakt zu den Italienern."

Störmanöver

Zu den Passierscheinverhandlungen

sp - Offensichtlich geht das Weihnachtsabkommen vom 17. Dezember, das Millionen Menschen auf Ostberliner Boden eine Begegnung ermöglichte, manchen Leuten in Ostberlin und in Bonn wider den Strich. Sie sperren sich gegen den Versuch einer Wiederholung, und die mannigfaltigsten Gründe müssen dafür herhalten. Diese Übereinstimmung ist ein Phänomen in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen über eine modifizierte Erneuerung des Passierscheinabkommens ergibt ein verwirrendes Bild. Eine wohlgezielte Informationspolitik Bonner Regierungsstellen versucht den Eindruck zu erwecken, es seien zwischen dem Berliner Senat und dem Bundeskanzler Erhard schwerwiegende Gegensätze über die Nützlichkeit weiterer Gespräche mit Ostberliner Stellen entstanden, Erhard habe sich gegen Brandt durchgesetzt oder - wieder eine andere Version - Brandt habe Erhard überzeugen können. Eine in Nordrhein-Westfalen erscheinende Zeitung malte sogar in betontem Zweckpessimismus das Gespenst einer Trennung Berlins vom Bund an die Wand. Herr Dufhues, Geschäftsführender Vorsitzender der CDU, hoffte, sich Lorbeeren holen zu können, indem er als Zielscheibe seines Angriffs den sozialdemokratisch geführten Berliner Senat wählte. Manche tun nun so, als ob es sich damals um ein zwischenstaatliches Abkommen gehandelt habe; sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß die Vereinbarung vom 17. Dezember ein verwaltungstechnischer Akt war, erfolgt mit voller Zustimmung des Senats von Berlin, der alliierten Schutzmächte und der Bundesregierung. Das soll auf einmal nicht mehr gelten oder auf die Stufe eines einmaligen humanitären Aktes, der sich nicht wiederholen dürfe, reduziert werden.

Zur Sache selbst bleibt festzustellen: Alle aus durchsichtigen Bemühungen unternommenen Versuche, so etwas wie einen Gegensatz zwischen Berliner Sozialdemokraten und der Bundesleitung der SPD zu konstruieren, scheitern am untauglichen Objekt. Die deutsche Sozialdemokratie zieht hier an einem Strang. Ihre Position bedarf keiner Interpretation. Das Traurige ist nur, daß die CDU in sich völlig zerrissen ist, nicht weiß, was sie will und durch Störmanöver über eine für sie schwierige Situation hinwegkommen will, die sie anders nicht meistern kann. Sie spielt, wenn vielleicht auch ungewollt, der anderen Seite in die Hände. Von den Berlinern sollte sie sich belehren lassen, auf welch schlüpfrigen Pfaden sie sich hier bewegt. Sie ist dabei, ausser Acht zu lassen, was in unser aller Blickfeld stehen sollte: die unmenschlichen Zustände an der Mauer zu mildern mit dem Ziel, die Freiheit in Berlin in beiden Richtungen herzustellen.

### Wie lange noch tragbar ?

Der Arbeitnehmerflügel der CDU und Bundesarbeitsminister Blank

V.g. - Minister Blank ist nun auch in die direkte Schußlinie jener Parteifreunde geraten, die bisher mehr oder weniger betont schützend ihre Hand über ihn gehalten haben, weil er noch als Arbeitnehmervertreter in den Reihen der CDU und ihrer Regierung angesehen wurde. Das scheint nun vorbei zu sein. Die latent bestehenden Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen haben sich mit den neuesten Reformvorschlägen zur Sozialreform sehr deutlich an die Oberfläche gedrängt.

Es zeigt sich da ein ziemlich entrüsteter Arbeitnehmerflügel innerhalb der CDU, der nun ganz und gar nicht einverstanden mit dem ist, was Minister Blank mit dem Sozialpaket vorhat. Bezeichnenderweise wird die Fronde gegen Blank angeführt von den westfälischen CDU-Sozialausschüssen, aus deren Reihen der Minister selbst kommt.

Wie jetzt aus einer Veröffentlichung in der Gewerkschaftszeitung "Einheit", dem Organ der IG Bergbau und Energie, zu entnehmen ist, hat sich der Landesvorstand der Sozialausschüsse in Westfalen von Blanks Plänen "distanziert" und sie "mit großem Befremden zur Kenntnis genommen". Hinter diesen zweifellos noch bewußt zurückhaltenden Formulierungen der CDU-Westfalen dürfte sich mehr verbergen, als nur eine allgemein übliche Stellungnahme. Hier wird der in langen Jahren aufgestaute Unmut der CDU-Arbeitnehmerfunktionäre deutlich, die durch Blanks sozialpolitische Eskapaden mehr und mehr Schwierigkeiten haben, ihre Partei in den Betrieben als arbeitnehmerfreundlichen darzustellen.

Der Landesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Westfalen, Rudi Nickels, gibt das auch zu erkennen, indem er die Blank-Pläne über die Neuaufteilung der Beiträge zur Krankenversicherung (3/5 Arbeitnehmer und 2/5 Arbeitgeber) z.B. so ablehnt:

- \* "Die nach dem Krieg von unserem Kollegen Anton Storch
- \* als Bundesarbeitsminister nach Überwindung größter Schwierigkeiten durchgesetzte Aufteilung der Beiträge je zur Hälfte für Arbeitnehmer und Arbeitgeber darf nicht beseitigt
- \* werden."

Solchen Reminiszenzen an den ersten Bundesarbeitsminister dürfte wohl das Gefühl zu Grunde liegen, daß Anton Storch nicht mit derartigen "Reform"-Plänen an die Öffentlichkeit getreten wäre.

In der Politik nutzen aber keine "Wenn" und "Aber". Hier zählt nur die Realität. Und die heißt immer noch Theo Blank. Die Arbeitnehmervertreter in der CDU können sich deshalb nicht vor dem Vorwurf frei machen, daß sie Blank zu lange als einen der ihren angesehen und deshalb als Minister gehalten haben.

Es stellt sich deshalb die Frage: Wie lange wird dieser Minister noch für die CDU-Sozialausschüsse tragbar sein ?

### Schwere Bürde Moros

Die Regierung des linken Zentrums und die neue Streikwelle  
Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Entgegen mancher Erwartung hat die Beteiligung der Linksozialisten an der Regierung die Streikwelle nicht abzuschwächen vermocht. Ein Vergleich zu Großbritannien drängt sich auf; dort konnte die Labour Party mit einer gewissen Unterstützung der mächtigen Trade Unions rechnen. Nicht so in Italien. Gerade in den letzten Wochen sind viele Arbeiter der Textil- und Chemiebranche in den Streik getreten; sie haben die Gelegenheit der fälligen Erneuerung der Gewerkschaftsverträge benützt, um Lohnverbesserungen zu fordern. Auch die Belegschaften vieler Betriebe der Eisenindustrie haben die Streikparole befolgt. Besonders beachtenswert ist der Umstand, daß es sich dabei um Aktionen handelt, die von den drei großen Gewerkschaftsorganisationen unterstützt werden: von der christlich-demokratischen CISL, von der kommunistisch-sozialistischen CGIL und der sozialdemokratischen UIL.

### Unerwartetes Ausmaß

Die Öffentlichkeit wurde ganz besonders durch das Ausmaß der Arbeitniederlegung der Staatsangestellten beeindruckt. Am 5. Februar erfolgte ein Streik, wie ihn die italienische Gewerkschaftsbewegung in ihrer Geschichte noch nicht erlebt hat; Eisenbahnen, öffentliche Büros und Schulen - alles wurde lahmgelegt. Die Forderungen waren nicht nur der Lebenssteuerung angemessene Gehaltserhöhungen, sondern auch entsprechende Pensionsgelder und Möglichkeiten in beruflichen Fortkommen. In der öffentlichen Verwaltung herrscht in Bezug auf die Gehälter ein wahres Chaos. Seit Kriegsende wird versucht, in dieser verwickelten Situation Klarheit zu schaffen, jedoch vergeblich. Einerseits haben die Regierungen versucht, aus Bilanzgründen die Gehälter zu blockieren, andererseits wurde von Fall zu Fall und Gehaltsstufe zu Gehaltsstufe eine sogenannte "Integration des Gehalts" vorgenommen.

Die Arbeitgeber sagen, die Konjunktur sei nicht mehr so günstig wie vor einigen Jahren. Der Staat weist - was die Forderungen der Staatsangestellten betrifft - auf den passiven Staatshaushalt hin. Beide Seiten betonen die Dringlichkeit, dem bereits in Gang gekommenen inflationistischen Prozeß einen Riegel vorzuschieben.

Zu diesem Zweck wird die Einstellung der Konsumnachfrage-Expansion als notwendig erachtet; daher auch der Widerstand, den Forderungen nach Gehaltserhöhungen nachzukommen. Die Zahl der Staatsangestellten ist in Italien äusserst hoch. Es klingt erstaunlich, doch niemand konnte bisher die genaue Zahl angeben, weil es bei vielen "Enti" (was mit Behörde, Wesen oder Amt zu übersetzen ist) fraglich ist, ob sie unter den Begriff "staatlich" fallen. Nach Angaben des Schatzministeriums, dem die Auszahlung der Gehälter obliegt, handelt es sich um rund anderthalb Millionen Personen. Zählt man aber die halbstaatlichen Stellen hinzu, so übersteigt die Zahl bei weitem die zwei Millionen-grenze. Allgemein kann gesagt werden, daß ungefähr 40 Prozent der Staatsausgaben auf die Gehälter entfallen, eine gewaltige Summe, wenn man sie mit der entsprechender anderer Länder vergleicht.

Es liegt auf der Hand, daß für die heute auftretenden Schwierigkeiten im Arbeits- und Wirtschaftsbereich nicht die erst seit zwei Monaten im Amt befindliche Moro-Regierung verantwortlich gemacht werden kann. Der ehemalige Budgetminister La Malfa erklärte, besonders in der

Zeit von 1959 bis 1961, also in den Jahren des großen wirtschaftlichen Aufschwungs, hätten weder die Privatbetriebe noch die öffentliche Verwaltung daran gedacht, ihre grundlegenden Probleme zu lösen (Produktivität, Lohnstandard, Investitionen usw.) Dagegen hätten sie sich der Illusion hingegeben, die günstige Konjunktur würde ewig dauern. Heute zahle man für diesen sträflichen Mangel an Vorsorge.

Die Gegner des linken Zentrums schieben die Schuld für die heutige prekäre Situation der Politik der Fanfani-Regierung zu. Sie werfen jener "Öffnung nach links" vor, übertriebene Forderungen gestellt und die Autorität und das Prestige der Regierung geschwächt zu haben. In Bezug auf die öffentlichen Ausgaben sei sie einer demagogischen Linie nachgegangen, sie habe die sogenannte "finanza allegra", die fröhliche Finanz, betrieben.

Jene These scheint allerdings weit objektiver zu sein, nach der es gerade der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre gestattet, längst fällige Probleme in ihrer ganzen Realität anzupacken.

Die Tatsache, daß Bewerbungen für öffentliche Stellen heute geringer sind als die vorhandenen Arbeitsplätze, ist ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaften mit Recht eine Besserstellung der Angestellten im öffentlichen Dienst fordern.

### Schwere Erbschaft

Es kann nicht übersehen werden, daß die jetzige Regierung eine ernste Lage vorgefunden hat, deren Schwierigkeiten nicht in kurzer Zeit beseitigt werden können. Gewisse Kreise sind nicht uninteressiert an der Verbreitung der Meinung, wo Sozialisten regieren, würden alle Probleme der arbeitenden Menschen sofort gelöst. Die italienische Regierung erklärte, sie werde das Mögliche unternehmen, um die Lage gewisser Berufsgruppen zu bessern. Sie erwarte ihrerseits von den Gewerkschaften Verständnis für ihre Maßnahmen, gerade weil Sozialisten an der Regierung beteiligt sind.

Die Mitverantwortung der Sozialisten an der Regierung sollte eine Garantie dafür sein, daß die verlangten Opfer für den Stop der inflationistischen Tendenzen nicht allein auf Arbeitern und Angestellten lasten und daß in der Wirtschaftspolitik die heute gestellten Forderungen stufenweise berücksichtigt werden.

Die Funktion der Sozialisten scheint also bestimmend zu sein in der heutigen politischen Atmosphäre, sei es, um eine gewisse Harmonie zwischen den Aktionen der Regierung und der Arbeiterschaft herzustellen, sei es, um künftig einen besseren Lebensstandard für Arbeiter und Angestellte zu sichern. Es spricht auf alle Fälle für die politische Reife der Sozialisten, daß sie überhaupt in einem solch undankbaren Augenblick die Regierungsverantwortung übernommen haben.